

„Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“



Rundbrief, Oktober 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des Projekts „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ (2006/07) des Eine Welt Netzwerks Bayern e.V. hier der neue Rundbrief.

Inhalt	Seite
Projektinformationen / Vorstellung	1
Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung	2
Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen	2
Hintergrund / Diskussion	3
Literaturempfehlungen	8

Projektinformationen / Vorstellung

Inhaltlicher Schwerpunkt des Eine Welt Netzwerks Bayern e.V. in den Jahren 2006 / 2007 ist das Projekt „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“. Das Projekt besteht hauptsächlich aus bayernweiten Runden Tischen zu den Themenfeldern „Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ und „Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“. Mit für den jeweiligen Themenkomplex relevanten Akteuren soll ein Dialog über Sozial- und Umweltstandards auf den Weg gebracht und dokumentiert werden. Die ersten beiden Runden Tische finden am 16.10.2006 und 17.11.2006 jeweils in München statt. „Kommunen und Eine Welt – Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“ lautet der Titel der bayernweiten Fachtagung am 16.10. im Münchner Rathaus zusammen mit der Stadt München und in Kooperation mit dem Bay. Städtetag (siehe unten). Der „Runde Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ findet -

zusammen mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie München - am 17.11.2006 statt (siehe unten).

Das Projekt „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ wird gefördert von:
InWEnt aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
und von der Bayerischen Staatskanzlei.

Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung

Kommunen und Eine Welt Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung

16.10.2006, 11.00 – 16.00 Uhr
Rathaus München

Das Fachgespräch am 16. Oktober 2006 wird veranstaltet zusammen mit der Landeshauptstadt München / Bürgermeister Hep Monatzeder und in Kooperation mit dem Bay. Städtetag. Es richtet sich an PolitikerInnen, EntscheidungsträgerInnen und Verwaltungsangestellte in Kommunen sowie an MitarbeiterInnen von Nichtregierungsorganisationen.

Als erste Kommune in Deutschland, die einen Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit gefasst hat, lädt die Landeshauptstadt München, Büro Bürgermeister Monatzeder, zusammen mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. in Kooperation mit dem Bayerischen Städtetag zu einem Runden Tisch in das Münchner Rathaus ein.

Die Veranstaltung „Kommunen und Eine Welt – Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“ zeigt gute Beispiele der kommunalen Beschaffung auf und regt zur Nachahmung an. Im Dialog mit PolitikerInnen, Verwaltungsangestellten und Nichtregierungsorganisationen soll darüber informiert werden, wie unter den aktuellen Rahmenbedingungen auf europäischer und nationaler Ebene die Integration von Sozial- und Umweltstandards in öffentliche Ausschreibungen gestaltet werden kann. Neben Beiträgen aus der Praxis steht die Diskussion zwischen den TeilnehmerInnen im Vordergrund. Probleme bei der praktischen Umsetzung der nachhaltigen Beschaffung sowie die Identifikation von weiterem Handlungsbedarf sind dabei zentrale Themen.

U.a. mit Staatsminister Eberhard Sinner MdL, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Hep Monatzeder, Dritter Bürgermeister der Landeshauptstadt München u.v.a. – Details zum Programm siehe unter www.eineweltnetzbayern.de/fachtagung. Anmeldung bis 6.10.2006 beim Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. oder online unter www.eineweltnetzbayern.de/fachtagung.

Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

Runder Tisch Bayern Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

17.11.2006 (14.00 – ca. 18.30 Uhr), München
Hochschule für Philosophie (Kaulbachstr. 33)

Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. lädt in Kooperation mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie und mit freundlicher Unterstützung u.a. vom DGB-Bildungswerk Bayern, dem Kirchlichen Entwicklungsdienst der Ev.-Luth. Kirche in Bayern (KED) und dem Landeskomitee der Katholiken in Bayern am 17.11.2006 in die Hochschule für Philosophie in München zum bayernweiten „Runden Tisch: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ ein.

Der „Runde Tisch Bayern – Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ möchte u.a. mit Vertretern von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Ministerien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen Entwicklungen der Globalisierung erörtern und damit verbundene Probleme aus den unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten analysieren. Auf dieser Grundlage sollen Anforderungen und Ideen für eine Beachtung und Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards formuliert werden.

Teilnehmen werden u.a. Bay. Wirtschaftsministerium, BMW, DGB-Bildungswerk Bayern, Freudenberg Haushaltsprodukte Augsburg KG, GTZ, HypoVereinsbank, Misereor, Nürnberger Bündnis Fair Toys, UnternehmensGrün e.V. Bayern und Zapf Creation AG. Die Veranstaltung wird moderiert werden von Herrn Martin Reim (Süddeutsche Zeitung).

Infos zum Programm bzw. zur online-Anmeldung unter www.eineweltnetzwerkbayern.de/csr.

Hintergrund / Diskussion

CorA - Corporate Accountability: Netzwerk für Unternehmensverantwortung

Neues Netzwerk fordert verbindliche Verantwortung der Unternehmen ein - Organisationen gründen CorA-Netzwerk zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Ziele

Berlin, 25. 9. 2006 - Erstmals formiert sich ein Netzwerk vieler Organisationen in Deutschland, um von Unternehmen die Einhaltung von Menschenrechten sowie international anerkannten sozialen und ökologischen Standards zu fordern. Am neuen CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung (CorA; „Corporate Accountability“) beteiligen sich unter anderen Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, kirchliche und entwicklungspolitische Organisationen sowie Verbraucher- und Umweltverbände. CorA fordert vor allem von der Politik Instrumente, mit denen sich verantwortliches Handeln der Unternehmen durchsetzen lässt.

In der Gründungserklärung richten die Organisationen sechs Hauptforderungen an die Politik: Sie soll durchsetzen, dass Unternehmen Rechenschaft ablegen über die Auswirkungen ihres Handelns auf Umwelt, Soziales und Menschenrechte. Die Vergabe öffentlicher Aufträge darf nur an Unternehmen erfolgen, die gesellschaftliche Anforderungen erfüllen. Zudem sollen Unternehmenspflichten in internationalen Wirtschaftsabkommen und bei der Wirtschaftsförderung verankert werden. Unternehmen sollen gerecht zum Nutzen der Gesellschaft besteuert werden. Das CorA-Netzwerk fordert weiter Sanktionen und Haftungsregeln für Unternehmen. Die Produktverantwortung soll gestärkt und zukunftsfähige Konsum- und Produktionsmuster gefördert werden.

Weitere Informationen unter www.cora-netz.de

Asian-Europe-Meeting:

Mehr und bessere Arbeit - die soziale Dimension der Globalisierung stärken

Potsdam, 5. September 2006 - Auf der Konferenz der asiatischen und europäischen Arbeitsminister in Potsdam hat Franz Müntefering angemahnt sich verstärkt mit sozialen Aspekten auseinanderzusetzen. Die teilnehmenden Minister halten politische Maßnahmen für erforderlich zur Aner-

kennung und Förderung von Menschenrechten und sozialen Rechten, insbesondere der Rechte, die in der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit und in der IAO-Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit von 1998 niedergelegt wurden. Diese erstrecken sich auf die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit, wirksame Abschaffung von Kinderarbeit, Abschaffung von Diskriminierung im Bereich Beschäftigung und Beruf, Koalitionsfreiheit und die wirksame Anerkennung des Rechts auf Tarifverhandlungen.

Siehe auch www.bmas.bund.de

Europäisches Parlament unterstützt Fairen Handel

6. Juli 2006 - Das Europäische Parlament (EP) hat auf seiner letzten Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit einen Beschluss zugunsten von Fairem Handel und Entwicklung angenommen. Der Entschluss empfiehlt der Europäischen Kommission, den Fairen Handel verstärkt zu unterstützen. Peter Mandelson, EU Beauftragter für Außenhandel, begrüßte die Annahme des EP Entschlusses und betonte die Notwendigkeit, eine gemeinsame Strategie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu entwickeln.

Weitere Informationen unter www.europarl.europa.eu.

Erfolgreiche Faire Woche 2006

Mehr als 1.100 Veranstaltungen von Weltläden, Aktionsgruppen, Supermärkten, Kantinen und Einzelpersonen fanden während der diesjährigen Faire Woche vom 18. bis 30. September statt. Die Faire Woche ist eine bundesweite Aktionswoche mit dem gemeinsamen Ziel, dem Fairen Handel in Deutschland mehr Gehör zu verschaffen. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul übernahm die Schirmherrschaft der nun bereits fünften Fairen Woche. Auch die Kölner Tatort-Kommissare Dietmar Bär und Klaus J. Behrendt, die Pop-Band Juli und Fernsehkoch Johann Lafer unterstützten die Aktion und animierten nicht nur Jugendliche für fairen Handel und gerechtere Lebensbedingungen aktiv zu werden.

2005 betrug der Umsatz mit fair gehandelten Produkten in Deutschland insgesamt knapp 121 Mio. Euro und damit etwa 22% mehr als im Vorjahr. Die meisten fair gehandelten Produkte werden über die ca. 800 Weltläden in Deutschland vertrieben, aber auch in 27.000 Supermärkten sowie in der Gastronomie nimmt die Bandbreite fair gehandelter Produkte stetig zu.

Mehr unter www.faire-woche.de und www.forum-fairer-handel.de.

Zum Fairen Handel in Bayern siehe u.a.: www.fairerhandel-bayern.de

oder die bayerische Landeskampagne zum Fairen Handel: www.fairhandeln-bayern.de.

Kinderarbeit bei Apple?

Juli / August 2006 – iPod-Hersteller Apple sah sich schweren Vorwürfen wegen Kinderarbeit und anderen unwürdigen Arbeitsbedingungen in einer seiner Zulieferfirmen ausgesetzt und untersuchte darauf die kritisierte iPod-Manufactur in China auf Verstöße gegen den strengen Apple-eigenen Code of Conduct. Der Untersuchungsbericht kommt zwar zum Schluss, dass sich sein Zulieferer weitgehend an die Apple-Regeln halte, dass jedoch die wöchentliche Arbeitszeit über den im Code of Conduct festgelegten maximalen 60 Stunden läge.

Als Reaktion hat das Unternehmen nun weitergehende Kontrollmaßnahmen ergriffen. Noch im Jahr 2006 sollen alle Mac- und iPod Zulieferer auf die Einhaltung des Codes of Conduct überprüft werden. Mehr unter www.macwelt.de/news/apple/339295/index.html.

Terminhinweis: Gelebtes Ethos und wirtschaftlicher Erfolg in der Ernährungswirtschaft

09.10.2006 - 19:00 Uhr, Schweisfurth-Stiftung, Südliches Schlossrondell 1, 80638 München

Mit einer Vortragsreihe zur unternehmerischen Verantwortung in Theorie und Praxis will die Schweisfurth-Stiftung Impulse für eine Kultur der nachhaltigen Entwicklung in der Ernährungswirtschaft geben. In einer Reihe von Vorträgen sollen gleichermaßen engagierte und erfolgreiche Unternehmen aus der Lebensmittelherstellung vorgestellt und reflektiert werden. Am 9. Oktober 2006 berichtet Martin Meyer von der Firma Kraft Foods Deutschland über das gesellschaftliche Engagement dieses Lebensmittelkonzerns, der in Kooperation mit Rainforest Alliance Nachhaltigkeitsprogramme beim Anbau von Kaffee und Kakao eingeführt hat.

Anmeldung : info@schweisfurth.de; Veranstalter: Schweisfurth-Stiftung, Tel.: 0 89/ 17 95 95 -16
Informationen: <http://www.schweisfurth.de>

Mehr Gewicht für deutsche Firmen im Dow Jones Nachhaltigkeits-Index

Ab dem 18. September gilt für das Kursbarometer Dow Jones Sustainability Index (DJSI World) eine neue Zusammensetzung. Deutsche Firmen werden darin erfreulicherweise stärker gewichtet. Neu vertreten sind Lufthansa, Hochtief, Puma und TUI. Die Initiatoren des Indexes sehen weltweit erfreuliche Tendenzen, aber auch noch viel Raum für weitere Verbesserungen auf dem Weg in die Nachhaltigkeit.

Informationen: <http://www.sustainability-indexes.com>

Global Compact

Am 31. Januar 1999 forderte UN-Generalsekretär Annan Wirtschaftsführer zu mehr Engagement für eine soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft auf. Er schlug die Gründung eines weltumspannenden Paktes – eines Global Compact – vor. Sein Vorschlag fand bei den Unternehmen Resonanz und der Global Compact wurde am 26. Juli 2000 bei den Vereinten Nationen in New York formell etabliert.

Ungefähr 50 multinationale Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Handelskammern zählten zu den Gründungsmitgliedern. In einem sogenannten ‚9-Punkte-Programm‘ bekannten sich die Unterzeichner zur Förderung von Menschenrechten, Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz. Dieses ‚9-Punkte-Programm‘ - auch als die ‚9 Prinzipien‘ bezeichnet und im Juli 2004 um ein 10. Prinzip erweitert -, enthält schon lange bestehende internationale Prinzipien, basierend vor allem auf der ‚Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte‘, Erklärung (1998) der ILO, den Grundsätzen der Erklärung von Rio 1992 und dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen 1995. Für Kofi Annan gehörten der Schutz der Grundfreiheiten, die Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren sowie der politische und soziale Ausgleich als Grundlage staatlicher Stabilität zu den Interessen international tätiger Unternehmen. Der UN-Generalsekretär wollte nicht warten, bis Regierungen die Initiative ergreifen. Vielmehr soll gemäß Kofi Annan die Eigeninitiative der nichtstaatlichen Akteure die Abwesenheit verbindlicher Standards durch eine selbstverantwortliche und normorientierte Entwicklung auffangen - der Global Compact als Beitrag der Privatwirtschaft zur Implementierung sozialer Prinzipien. Das Ziel des Global Compact lässt sich wie folgt beschreiben: Die Globalisierung menschlich verträglich gestalten – dem Weltmarkt ein menschliches Antlitz geben.

Der Global Compact ist eine auf gemeinsamen Werten basierende Plattform - ein *Dialog- und Lernforum*. Der Global Compact ist von seiner Entstehung her kein Sozialstandard, keine Selbst-

verpflichtung, kein Verhaltenskodex oder ordnungspolitisches Instrument. Er ist eine *wertorientierte Plattform*, deren Ziele die Stärkung der 10 Prinzipien und institutionellen Lernens sind.

Der Global Compact bietet – auch wenn er eine Initiative der UN für die Wirtschaft bzw. mit der Wirtschaft ist - in Ansätzen die Möglichkeit zu einem Miteinander von Wirtschaft, NGOs, Wissenschaft, Internationalen Organisationen. Er kann somit ein Baustein sein im Netzwerk unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure, die an schnelleren Fortschritten bzgl. einer sozial gerechten und ökologisch verantwortlichen Gestaltung der Globalisierung interessiert sind.

Der Global Compact genießt bei einigen Unternehmen Beachtung - vielleicht gerade deshalb, weil er ein ‚Dialog- und Lernforum‘ bzw. eine ‚wertorientierte Plattform‘ und kein ‚klassischer‘ Verhaltenskodex oder gar eine verbindliche Regelung ist. Sieben Jahre nach seiner Vorstellung konnte er sich bisher jedoch nicht als ein funktionsfähiges Instrument erweisen, das politische Veränderungen oder nachhaltige Veränderungen von Handlungsweisen bei Unternehmen hervorzubringen in der Lage ist. Gemeinsame Aktivitäten der Mitgliedsunternehmen sind kaum vorhanden. Unternehmen stellen bevorzugt ihre eigenen – zumeist caritativ geprägten – Global Compact Aktivitäten in den Vordergrund. Solches Verhalten entspricht bestenfalls einer qualitativen Weiterentwicklung des Sponsoring und hat mit Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung eines Unternehmens, nachhaltiger Veränderung von Handlungsweisen oder gar der Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards wenig zu tun. Nicht die Förderung von Einzelprojekten außerhalb der Betriebsabläufe – im Sinne eines Anhängsels - sollte im Vordergrund stehen. Vielmehr geht es um eine Führungsphilosophie, die bei der Definition langfristiger Unternehmensinteressen die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Belange einer Gesellschaft berücksichtigt.

Zweifel an der Effektivität des Global Compact sind somit angebracht. Zur Schärfung des Bewusstseins des privaten Sektors für Menschenrechts-, Arbeits- und Umweltstandards ist der Global Compact sicherlich behilflich - aber er bedarf der Ergänzung: Entweder ist der Global Compact selbst baldmöglichst weiterzuentwickeln oder andere Instrumentarien müssen zur Verwirklichung seiner Ziele zusätzlich herangezogen werden. Zu einer Weiterentwicklung gehört u.a. die Einführung von Kontroll- und Sanktionsinstrumenten.

Ist der Global Compact wirklich das richtige Instrument, um Unternehmen nicht nur zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung im Kontext einzelner ‚Charity-Projekte‘, sondern zu einer konsequenten Umsetzung aller 10 Prinzipien im eigenen Einflussbereich zu bewegen? Nach sieben Jahren ist auch zu fragen: welche Initiativen, die über PR-Maßnahmen hinausgehen, haben beispielsweise deutsche Unternehmen gemeinsam unternommen, um den Global Compact in Deutschland weiterzuentwickeln? Wie reagiert der Global Compact auf Mitgliedsunternehmen, die ihre Unternehmenspolitik an letztlich willkürlich gewählten Renditezielen ausrichten, die ‚die Globalisierung‘ als Entschuldigung für das Versagen der politisch und ökonomisch Verantwortlichen benutzen und dabei auch die 10 Prinzipien des Global Compact vergessen?

Am 30. September 2006 hatte der Global Compact 3927 Mitglieder weltweit – davon 87 aus Deutschland.

Weitere Infos zum Global Compact unter www.unglobalcompact.org.

Deutscher Rat für nachhaltige Entwicklung

‚Unternehmerische Verantwortung in einer globalisierten Welt‘

In einer Stellungnahme zu „Corporate Social Responsibility“ vom September 2006 empfiehlt der deutsche Rat für nachhaltige Entwicklung neben einem sozialen Ordnungsrahmen und einer aktivierenden Nachhaltigkeitsstrategie des Staates die freiwillige Übernahme von Verantwortung durch die Unternehmen. Die Stellungnahme listet auf, auf welche Weise Unternehmen Beiträge

zur nachhaltigen Entwicklung leisten bzw. leisten sollen. Die Empfehlungen richten sich an privatwirtschaftliche Unternehmen, an Non-Profit-Unternehmen wie auch an öffentliche Unternehmen. Entstanden ist die Studie in einem ausführlichen Dialog mit 110 VertreterInnen aus Wirtschaft und Gesellschaft.

Wichtiges Ziel ist, dass Endverbrauchern wie auch nachgeordneten Betrieben mehr Informationen über die sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Auswirkungen von Produktion und Kauf eines Produkts präsentiert werden. Auch im staatlichen Eigenbereich, z.B. der öffentlichen Beschaffung, soll diese gesellschaftliche Verantwortung wahrgenommen werden. So sollen auch langfristige Folgekosten ein Kriterium für die Vergabeentscheidung sein können.

Der Rat will der drohenden Blockade zwischen Befürwortern von freiwilliger „Corporate Social Responsibility“ und Kritikern, die darin nur Schönfärberei und kurzzeitige Effekte sehen, zuvor kommen. Er plädiert für eine langfristige und erweiterte Sichtweise, ebenso wie für eine Verbindung von Freiwilligkeit mit ordnungspolitischen Regelungen. In „Corporate Social Responsibility“ sieht er die Chance eines Standortvorteils für Deutschland. Abschließend werden für Unternehmen vier Stufen vorgestellt, die es systematisch zu verknüpfen gelte – in welcher Reihenfolge, bleibe jedem Unternehmen selbst überlassen.

Mitglieder des 19-köpfigen deutschen Rats für nachhaltige Entwicklung sind u.a. Hubert Weinzierl vom BN, Josef Sayer von Misereor, Ex-UNEP-Chef Klaus Töpfer und Angelika Zahrt vom BUND. Die Stellungnahme des Rats für nachhaltige Entwicklung steht unter <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/stellungnahmen/index.html>.

Das gesamte Dokument (gesamt 76 Seiten, bis Seite 34 deutsch; 35-76 englische Übersetzung) findet sich direkt unter http://www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/publikationen/broschueren/Broschuere_CSR-Empfehlungen.pdf

54 deutsche Kommunen haben bereits Stadtratsbeschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit gefasst

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) verabschiedete 1989 die UN-Kinderrechtskonvention. Sie soll das Überleben der Kinder sichern, ihre Entwicklung fördern und sie vor Missbrauch und Gewalt schützen. Ausbeuterische Kinderarbeit wird ausdrücklich verboten. Bis auf zwei Staaten – Somalia und die USA – haben alle Staaten der Welt die Konvention über die Rechte der Kinder ratifiziert. Im Jahr 2002 veröffentlichte die ILO (Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen), dass 211 Millionen Kinder im Alter zwischen 5 und 15 Jahren arbeiten, davon 90 Prozent unter ausbeuterischen Bedingungen. 73 Millionen der Kinder sind jünger als 10 Jahre.

Im Jahr 2002 unterzeichnete Deutschland die Konvention 183 der ILO. Artikel 1 schreibt vor: „Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, hat unverzügliche und wirksame Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die schlimmsten Formen der Kinderarbeit vordringlich verboten und beseitigt werden“.

EarthLink e.V. startete 2003 die Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“! Ziel der Kampagne ist es, dass Deutschland seiner rechtlichen Verpflichtung gerecht wird und seinen Beitrag zur weltweiten Überwindung von ausbeuterischer Kinderarbeit leistet. EarthLink informiert hierzu Städte und Gemeinden wie sie gegen ausbeuterische Kinderarbeit aktiv werden können. Inzwischen haben über 50 Städte, Gemeinden und Kreise Maßnahmen getroffen, um Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit von der Beschaffung auszuschließen. EarthLink setzt sich für ökologische und soziale Kriterien im deutschen Vergaberecht ein, damit öffentliche Auftraggeber in Zukunft unstrittig Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit ablehnen können. EarthLink initiierte das „Aktionsnetzwerk gegen ausbeuterische Kinderarbeit“ und kooperiert darin bundesweit mit lokalen Akteuren. Das Netzwerk unterstützt Aktivitäten, die über das Thema informieren und auf einen kommunalen

Beschluss gegen die Beschaffung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit hinarbeiten. EarthLink recherchiert und analysiert darüber hinaus, wie Firmen mit dem Thema ausbeuterische Kinderarbeit umgehen. Die Ergebnisse sind in einer Firmenliste im Internet öffentlich einsehbar und werden kontinuierlich aktualisiert und erweitert. Die Kampagne "Aktiv gegen Kinderarbeit" wurde von der UN-Weltdekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" als offizielles Dekade-Projekt ausgezeichnet (siehe auch www.dekade-bayern.de).

Wenigstens 54 Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Deutschland wollen keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit einkaufen.
Weitere Informationen siehe unter www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de.

Literaturempfehlungen

Johannes Wallacher / Michael Reder / Tobias Karcher (Hrsg.), Unternehmensethik im Spannungsfeld der Kulturen und Religionen. Mit Beiträgen von Josef Wieland, Michael Reder, Johannes Wallacher, Elisabeth Strohscheidt u.a. = Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur, hrsg. von Norbert Brieskorn u.a., Band 14, Stuttgart 2006. 188 Seiten, 24.-€. ISBN-10: 3-17-019532-8.

Dossier : UN Global Compact. Erschienen zusammen mit der Ausgabe 15-16-2006 von eins Entwicklungspolitik, Frankfurt/M 2006.

Bussler / Fonari (Hrsg.) für Eine Welt Netzwerk Bayern / Germanwatch Regionalgruppe Münchner Raum, Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen: Chancen und Grenzen, München 2005, Bay. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (www.politische-bildung-bayern.de; bei Abholung für Personen mit Wohnsitz in Bayern kostenlos).

So bringen Sie Menschenrechte ins Spiel! Eine Handreichung der Aktion fair spielt für Verbraucherinnen und Verbraucher, hrsg. vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor, der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), dem Nürnberger Bündnis Fair Toys, dem Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evang.-Luth. Kirche in Bayern und der Werkstatt Ökonomie. Heidelberg, November 2005.

Siehe auch Global Compact Forum unter www.entwicklungspolitik-online.de/gc

**Der nächste Rundbrief
„Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“
erscheint Anfang November 2006.
Beiträge an die Redaktion bitte an info@eineweltnetzwerkbayern.de.**

Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. (www.eineweltnetzwerkbayern.de) ist das bayerische Landesnetzwerk entwicklungspolitischer Gruppen / Einrichtungen, Weltläden und lokaler Eine-Welt-Foren. Es ist u.a. Träger der bayerischen Landeskampagne zum Fairen Handel „Fair Handeln Bayern“ (www.fairhandeln-bayern.de), des bayerischen Partnerschaftsportals Bayern-EineWelt (www.bayern-einewelt.de) und Herausgeber zahlreicher Publikationen (z.B. Handbuch „Entwicklungspolitik in Bayern“, 32004 oder „Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“, München 2005). Auf Bundesebene ist das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (Agl), www.agl-einewelt.de.